Hans-Werner Brüning
Fraktion Die Linkspartei.PDS
Im Stadtrat der Landeshauptstadt
Magdeburg

**Redebeitrag zur aktuellen Debatte am 15.3.2007:
Rechtsextremismus in Magdeburg - Konsequenzen für die Stadt und ihre Bürger**

Geschichtliche Perspektive

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates und der Stadtverwaltung,

es ist immer wieder schwer, die Fassung zu behalten, wenn Rechtsradikale in Magdeburg oder anderswo ihre Rituale zelebrieren, die an die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte erinnern. Das Widerliche ist nicht das Erinnern an diese Zeit, denn vergessen werden dürfen die Millionen Opfer sowie ihre Mörder und Peiniger nicht. Abscheulich ist, wenn zum Beispiel Täter zu Opfern umfunktioniert werden. (Ich verwende bewusst das Wort Umfunktionieren.

)

Die Nationalsozialisten haben das deutsche Volk dazu gebracht, erst wegzuschauen, als sie ihre Gegner verfolgten, einkerkerten und umbrachten.

Sie erklärten, als sie in dem Land großer Dichter, Humanisten und Wissenschaftler, die Macht an sich rissen, ihre menschenverachtende Ideologie zur Staatsideologie. Verbrannt haben sie 1933 nicht nur in Berlin öffentlich Bücher von Heinrich Heine, Karl Marx, Karl Kautsky, Lion Feuchtwanger, Carl von Ossietzky, Anna Seghers, Arnold Zweig, Stefan Zweig und vielen anderen Autoren.

Das waren keine spontanen Aktionen, sondern Teil der Pläne für die Errichtung der Nazi-Diktatur. Es gab eine Liste vom eben erst geschaffenen "Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda"

.

Unsere Mütter und Väter und deren Eltern wurden so auf den verbrecherischsten Krieg aller Zeiten vorbereitet, den weder die Polen, noch die Russen, die Franzosen, die Engländer oder die Amerikaner vom Zaun gebrochen haben.

Davor war die Verfolgung von Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen

...

Wir haben seit 1990 neue Seiten ins Buch der Magdeburger Stadtchronik geschrieben. Zum Beispiel die, auf der die Verbrechen an den Inhaftierten des Lagers Magda mitten in Magdeburg-Rothensee festgehalten sind. Die Unmenschlichkeit, die brutale Ausbeutung kranker und unterernährter Menschen, hatten die Magdeburger während der Kriegsjahre täglich vor Augen.

Was aber sagt das Stadtarchiv darüber aus, welche Magdeburger die Geschäfte der jüdischen Eigentümer nach der Pogromnacht im November 1938 übernommen hatten, und was aus den Eigentümern geworden ist?

Die Stolpersteine für Herbert Goldschmidt und die anderen Opfer sind eine gute Möglichkeit für das intensivere Befassen mit der Zeit in Magdeburg zwischen 1933 und 1945. Sie helfen bei der Entwicklung und Bewahrung einer lebendigen lokalen Gedenk- und Erinnerungskultur.

Schließlich hielten die Staaten der Antihitlerkoalition Gericht in Nürnberg. Vor ihnen saßen nicht nur die als Hauptschuldige beklagten Nazigrößen. Es breiteten sich vor dem Gericht die Trümmer der Städte und Dörfer Europas genauso aus wie die in den Köpfen von Millionen Deutscher.

Nach über 60 Jahren ...

Die Trümmer in den Köpfen sind noch nicht alle beiseite geräumt. Sie werden auch von scheinbar Unverbesserlichen weitergegeben und bewahrt. Das ist eine Erkenntnis, zu der ich persönlich erst in der Auseinandersetzung mit brutalen Anschlägen auf Anders Aussehende, auf Andersseiende, auf woanders Geborene in Magdeburg gekommen bin. Eine nicht neue Erkenntnis ist, dass es auch Finanziere des Rechtsradikalismus gibt. Das heutige Rechtssystem ist unvollkommen, wenn es um Handlungsmöglichkeiten Rechtsradikaler Gruppierungen geht, obwohl das alliierte Recht mit dem Verbot der NSDAP und all ihrer Organisationen und möglichen Nachfolgeorganisationen weiterhin besteht. Das muss man beklagen, es ist allerdings auch eine Herausforderung an unser politisches Handeln auf allen Ebenen.

Die DDR war ein antifaschistischer Staat. Dazu kann man sicher noch viel sagen, es aber nicht in Abrede stellen.

Nie hätte ich mir in meinem Leben bis 1990 träumen lassen, dass es 1994 zu den rechtsradikalen Ausschreitungen am Himmelfahrtstag kommt, dass Jugendliche in unserer Stadt von rechtsradikalen Gleichaltrigen ermordet und dumpfe Aufzüge zu Wagner-Musik auf Magdeburgs Straßen veranstaltet werden (dürfen!).

Ich habe das Auftreten Rechtsradikaler in Magdeburg und Umgebung seit 1990 in der Verantwortung als Mitglied des Stadtrates wahrgenommen. Wir hatten Zeiten der Sprachlosigkeit und der Diskussion über die Ursachen und Herausforderung des Rechtsradikalismus. Schließlich kam es zur Übereinkunft, fraktionsübergreifend und vorbehaltlos für die Demokratie einzutreten. Das verstehen wir als „Auftrag“ unserer Wählerinnen und Wähler.

Seit Ende der neunziger Jahre gibt es eine zunehmend enge Zusammenarbeit zwischen dem Magdeburger Bündnis gegen Rechts und der Stadtverwaltung. Vertreter unserer Fraktion und Partei arbeiten in diesem Bündnis mit. Es ist aus unserer Sicht unverzichtbar und bietet eine gute Möglichkeit, den Zusammenhalt und das Agieren aller demokratischen und

humanistischen Kräfte unserer Stadt zu unterstützen und selbst daran mitzuwirken.

Die aktuelle Sicht

Magdeburg gestalten wir als eine friedliche und weltoffene Stadt, die bewusst mit ihrer Vergangenheit umgeht. Die Verantwortung dafür haben Stadtrat und Stadtverwaltung übernommen. Aber auch jedes Mitglied unseres Gemeinwesens trägt dafür Verantwortung. Es ist längst nicht jeder Einwohnerin und jedem Einwohner bewusst, dass es auch auf die Einzelnen ankommt. Nicht einmal so sehr darum, um den braunen Dreck nach den abscheulichen Auftritten der NPD im Verein mit so genannten Freien Kameradschaften aus allen Himmelsrichtungen von den Straßen und Plätzen zu fegen. Es geht um viel mehr.

Am 22.4.2007 ist in Sachsen-Anhalt Kommunalwahl. In sieben Kreisen tritt die NPD an und spekuliert auf Sitze in Kommunalvertretungen. In Magdeburg wird zwar nicht gewählt, doch betroffen sind auch wir. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, wenn demokratische Strukturen Gefahr laufen von Neonazis missbraucht zu werden. Deren Strategie ist, die Kommunalvertretungen für ihre Zwecke zu nutzen. Je weniger Menschen zur Wahl gehen, um so größer ist die Gefahr. Wir haben ein Kommunalwahlrecht, das Jugendliche ab 16 zur Stimmabgabe zulässt. In dieser Altersgruppe ist das Gefühl von Perspektivlosigkeit weit verbreitet. Die Zukunftsangst hat leider den realen Hintergrund des erheblichen Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen und an Arbeitsplätzen. Ähnlich verhält es sich mit jenen, die sich als zu alt und nutzlos abgestempelt fühlen. An all dem trägt zwar nicht der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg die Schuld. Aber: Wie gehen wir mit diesem Zustand um, der ein Nährboden für rassistisches und ausländerfeindliches Denken und Fühlen sein kann?

Wir stehen unabhängig von der „nur“ kommunalen Kompetenz vor der Aufgabe, jeder und jedem verständlich zu machen, dass auch in den Zeiten sozialer Spannungen und Verwerfungen Rechtsradikalismus keinerlei Alternative bietet. Weder in Kommunalvertretungen, noch in Parlamenten und auch nicht als Protest auf der Straße. Erklären wir den Einwohnerinnen und Einwohnern, dass in Deutschland schon einmal die Parlamente missbraucht wurden, um die Demokratie zu beseitigen. Denen, die das wiederholen wollen, darf dafür kein Raum, besser kein Mandat gegeben werden. Weder in Magdeburg, noch in Haldensleben, oder Burg oder Schönebeck oder Oschersleben.

Wir beraten zurzeit über unseren Lokalen Aktionsplan im Rahmen des Bundesprogramms „Für Vielfalt, Toleranz und Demokratie- gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, um die Kräfte besser zu koordinieren. Die Struktur für eine benötigte Koordinierungsstelle ist vorhanden. Das hat die Diskussion im Jugendhilfeausschuss gezeigt. Wir haben sicher gute Aussichten in das Bundesprogramm aufgenommen zu werden. Die Beteiligung daran sollte aber nicht dem Jugendhilfeausschuss allein überlassen bleiben. Die Umsetzung der Aufgaben, denen sich die Landeshauptstadt Magdeburg schließlich gemeinsam mit verschiedenen Vereinigungen stellt, steht letztlich in der Verantwortung des Stadtrates.

Lassen Sie uns darum die Diskussion über die Perspektiven unserer Heimatstadt noch enger mit der Frage verknüpfen, wie dem Rechtsradikalismus erfolgreich entgegengetreten werden kann. Einige Erfolge haben wir erreicht. Meine Fraktion wünscht sich, dass wir alle nicht müde oder eventuell gleichgültig werden.